

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - StBV/008/04			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss f. Stadtentw., Bau und Verkehr	Donnerstag,  25.03.2004	Volksbad Buckau Karl-Schmidt-Straße 54-56	16:30Uhr	20:55Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift öffentlicher Teil vom 04.03.2004
- 3 Beschlussvorlagen (Beschluss d. StBV)
  - 3.1 Entscheidung zur Ausbauvariante für die Verkehrsanlage "Gübser Damm"  
(2.63005-46)  
Vorlage: DS0027/04
  - 3.2 Einordnung bisher betrieblich-öffentlicher Straßen  
Vorlage: DS0547/03
  - 3.3 1. Änderung und öffentliche Auslegung des Entwurfes sowie Änderung des Geltungsbereiches des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 263-2.1  
"Wohnanlage Seestraße"  
Vorlage: DS0012/04
  - 3.4 Behandlung der Anregungen und Hinweise zum Bebauungsplan Nr. 103-4  
"Südlich Burger Straße / Tierheim"  
Vorlage: DS0036/04

- 3.4.1 Beschlusspunkt 2.1 zur DS0036/04
- 3.4.2 Beschlusspunkt 2.2 zur DS0036/04
- 3.4.3 Beschlusspunkt 2.3 zur DS0036/04
- 3.4.4 Beschlusspunkt 2.4 zur DS0036/04
- 3.5 Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 103-4 "Südlicher Burger Straße / Tierheim"  
Vorlage: DS0039/04
- 3.6 Aufstellung, Entwurf und Auslegung Bebauungsplan Nr. 267-3 "Leuschnerstraße"  
Vorlage: DS0897/03
- 3.7 Änderung des Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplanes Nr. 256-3 "Ziegelei-Privatweg" (Plangebiet)  
Vorlage: DS0029/04
- 3.8 Parkgebührenordnung
  - 3.8.1 Kurzzeitparken  
Vorlage: A0008/04  
Änderungsantrag StBV
  - 3.8.2 Kurzzeitparken  
Vorlage: S0047/04
- 3.9 DS0086/04 "Straßenbau Brenneckestraße", Änderung des Geltungsbereichs und öffentliche Auslegung des Entwurfs
- 4 Anträge
  - 4.1 Überprüfung Schließung Kita "Salbker Kinderspass"  
Vorlage: A0143/03
    - 4.1.1 Überprüfung Schließung Kita "Salbker Kinderspass" S0252/03
  - 4.2 Vorbeifahrt an haltenden Straßenbahnen  
Vorlage: A0208/03

- 4.2.1 Vorbeifahrt an haltenden Straßenbahnen  
Vorlage: S0029/04
  
- 4.3 Nichtrealisierung der Maßnahme Neubau einer Fußgänger- und Radwegebrücke Sandtorstraße  
Vorlage: A0007/04
  
- 4.3.1 Nichtrealisierung der Maßnahme Neubau einer Fußgänger- und Radwegebrücke Sandtorstraße  
Vorlage: S0053/04
  
- 4.4 A0041/04 Änderung der Ausschussstruktur- Neufassung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung des Stadtrates
  
- 4.4.1 A0041/04 Beschlusspunkt 1. c)
  
- 4.4.2 A0041/04 Beschlusspunkt § 24 (4)
  
- 5 Informationen
  
- 5.1 Information gem. § 1 der Zweiten Straßenausbaubeitragssatzung Jahresbericht 2003 über die durchgeführten Bürgerinformationsveranstaltungen und Zustimmungsabfragen gem. § 1 Abs. 3 und 4 der Zweiten Straßenausbaubeitragssatzung  
Vorlage: I0065/04
  
- 6 Mitteilungen und Anfragen
  
- 6.1 Änderungsantrag des OB DS0852/03/4 zum B-Plan 237-2
  
- 6.2 Mitteilung der Verwaltung
  
- 6.3 Befreiung von Festsetzungen B-Plan 312-1
  
- 6.4 Anfrage Stadtrat Wähnelt - Radwegführung Uniplatz
  
- 6.5 Anfrage Stadtrat Berfelde Verkehrsführung Baumaßnahme Brenneckestraße
  
- 6.6 Anfrage Stadtrat König Freigabe der Zubringerstraßen zur Straße Am Hopfengarten
  
- 6.7 Mitteilung Stadtrat Balzer zur Verbindungsstraße Hornbach und Florapark

## 6.8 Anfrage Stadtrat Stern ländlicher Wegebau Pechau

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Reinhard Stern

**CDU**

Stadtrat Hans-Eckard Bartnik

Vertretung SR Ruden / zeitweise

Stadtrat Tobias Krull

Vertretung SR Ruden / zeitweise

**SPD**

Stadtrat Dr. Henryk König

Vertretung SR Czogalla

**PDS**

Stadtrat Guido Cracau

Vertretung SR Meinecke

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Falko Balzer

Stadtrat Jürgen Gödecke

Stadtrat Frithjof Berfelde

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

**Verwaltung**

Frau Andruscheck

SFM

Frau Gartemann

AL 63

Herr Gebhardt

Vertretung AL 66

Herr Ingo Gottschalk

V/02

Frau Heinecke

61.30

Herr Hübner

FB03

Herr Jahnel

AL 65

Herr Kaleschky

BG VI

Herr Karasinski

AL 60

Herr Lemin

AL 23

Herr Ollbricht

61.30

Herr Dr. Peters

AL 61

Herr Dr. Scheidemann

AL 68

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Hans-Jürgen Becker

Stadtrat Olaf Czogalla

Stadtrat Walter Meinecke

Stadtrat Gerhard Ruden

Stadtrat Claus-Dieter Wachowski

**Verwaltung**

Herr Neumann

AL 62

Thomas O'Gilvie

AL 66

Öffentliche Sitzung

---

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- 

**Stadtrat Stern** eröffnete die Sitzung, begrüßte die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und Bürger. Er stellte die fristgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wurde wie folgt ergänzt:

Als **TOP 3.9** wurde die **DS0086/04** „*Straßenbau Brenneckestraße*“, *Änderung des Geltungsbereichs und öffentliche Auslegung des Entwurfs* gemäß Antrag der Verwaltung aufgenommen.

**Stadtrat Wähnelt** merkte an, dass den Stadträten die Drucksachen rechtzeitig zuzuleiten sind, auch wenn vorbehaltlich der Zustimmung durch den OB vermerkt ist.

**Abstimmung zur Aufnahme in die Tagesordnung: 7 - 1 - 0**

**Stadtrat Stern** beantragte die Aufnahme des SPD-Antrages **0041/04** *Änderung der Ausschussstruktur - Neufassung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung des Stadtrates* in die Tagesordnung als **TOP 4.4**.

In der letzten Stadtratssitzung wurde dieser Antrag in den StBV verwiesen.

**Abstimmung zur Aufnahme in die Tagesordnung: 8 - 0 - 0**

**Abstimmung zur geänderten Tagesordnung: 7 - 0 - 1**

2. Genehmigung der Niederschrift öffentlicher Teil vom 04.03.2004
- 

Zur Niederschrift gab es keine Hinweise bzw. Ergänzungen.

**Abstimmung zur Niederschrift öffentlicher Teil vom 04.03.2004: 4 - 0 - 4**

3. Beschlussvorlagen (Beschluss d. StBV)
-

- 3.1. Entscheidung zur Ausbauvariante für die Verkehrsanlage  
 "Gübser Damm" (2.63005-46)  
 Vorlage: DS0027/04
- 

**Herr Besecke** (Amt 66) stellte die Ausbauvariante an einer Folie dar.

**Stadtrat Stern** zeigte die Chronologie der Reihenfolge, welche zum Beschluss des Ausbaues Gübser Damm geführt hat, auf. Der Beschluss zum gemeindlichen Einvernehmen der ursprünglichen Variante besteht noch. Der OB hat den Bürgern jedoch eine Überprüfung der Planung zugesagt. Jetzt gibt es eine neue Drucksache. Liegt das Votum der Anlieger zur neuen Variante vor? Er verlas den Brief eines Anwohners (im Auftrag der Anwohner des Gübser Dammes vom 20.03.04), welcher ihm vor der Sitzung übergeben wurde. Der Brief wird den Ausschussmitgliedern mit dem Protokoll zugesandt. Richtiger wäre es, erst die Bürgerbefragung laut Satzung durchzuführen und dann die Entscheidung im Ausschuss zu beraten.

**Herr Gebhardt:** Die im Brief angesprochene Kosten bzgl. der Arbeiten des SAM sind sekundär. Das Kernproblem ist, dass die Anwohner die Straße im jetzigen Zustand behalten wollen. Die Straße besitzt nicht die Grundvoraussetzung der Verkehrssicherheit. Ihr Zustand hat sich nicht verbessert und muss unbedingt ausgebaut werden. Die Bürger sind über die neue Variante zu informieren.

**Herr Dr. Scheidemann** (Amt 68): Er sieht rechtliche Probleme, wenn vom vorgeschriebenen Satzungsverfahren abgesehen wird.

**Herr Kaleschky:** Hier handelt es sich um die Nachbesserung einer Maßnahme im Interesse der Bürger. Die Drucksache sollte bestätigt werden.

**Stadtrat Berfelde** sprach sich für diese Variante aus. Der Ablauf hätte wie folgt realisiert werden müssen: Vorschlag der Verwaltung den Bürgern vorstellen und anschließend im StBV beraten. Den Bürgern ist diese neue Variante noch nicht bekannt.

**Stadtrat Wähnelt** kann sich dem anschließen, verweist aber auf den bestehenden Beschluss, welcher erst aufzuheben wäre. Dies fehlt auch in der Drucksache.

Er stellte deshalb den Antrag:

*Die Drucksache wird um die Beschlusspunkte*

*2. Der Beschluss zur DS0214/03 wird aufgehoben.*

*3. Es wird erneut das Verfahren nach Straßenausbaubeitragssatzung in Gang gesetzt. ergänzt.*

**Abstimmung zum Antrag: 6 - 0 - 2**

Der Ausschuss StBV beschließt unter Beachtung des Änderungsantrages mit **6 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und 2 Enthaltungen** mit **Beschluss-Nr. StBV010/94(II)04:**

*Auf der Grundlage der Informationsvorlage I 0360/03 zur Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr vom 11.12. 2003 über Ausbaumöglichkeiten der Verkehrsanlage „Gübser Damm“ wird folgender Beschluss gefasst:*

- 1. Der Ausbau des Gübser Dammes erfolgt als Mischverkehrsfläche in einer Breite von 5,50 m entsprechend der Variante 5 in der Informationsvorlage I 0360/03*

*vorbehaltlich der Bestätigung des Haushaltsplanes 2004 durch die Kommunalaufsicht.*

2. *Der Beschluss zur DS0214/03 wird aufgehoben.*
3. *Es wird erneut das Verfahren nach Straßenausbaubeitragssatzung in Gang gesetzt.*

3.2. Einordnung bisher betrieblich-öffentlicher Straßen  
Vorlage: DS0547/03

---

**Herr Gebhardt** (Amt 66) brachte die Drucksache ein.

**Abstimmung zur DS0547/03: 8 - 0 - 0**

3.3. 1. Änderung und öffentliche Auslegung des Entwurfes sowie  
Änderung des Geltungsbereiches des vorhabenbezogenen  
Bebauungsplanes Nr. 263-2.1 "Wohnanlage Seestraße"  
Vorlage: DS0012/04

---

**Herr Olbricht** (Amt 61) stellte die Änderung dar und verwies auf die Reduzierung der Spielplatzfläche.

**Stadtrat Berfelde** sieht eine Qualitätsminderung. Wieso agiert hier die Verwaltung als Investor?

**Herr Dr. Scheidemann** (Amt 68): Ein Argument ist der Gleichheitsgrundsatz. Eine Tiefenprüfung zum Einzugsbereich der Kinder ergab, dass eine geringere Spielplatzfläche ausreichend ist und die Satzung lässt auch eine Verringerung zu.

**Stadtrat Berfelde:** Warum konnte das nicht vor Einleitung des Verfahrens errechnet werden?

**Stadtrat Stern:** Jedem der hier gebaut hat, war die Größe der Spielfläche laut Bebauungsplan bekannt.

**Herr Dr. Scheidemann** (Amt 68): Das Einverständnis des Bauherren lag vor. Aber die wirtschaftliche Situation ändert sich ständig. Eine gewisse Laufzeit ist mit Änderung der Wirtschaftlichkeit des Vorhaben verbunden. Man wollte dem Bauherren entgegen kommen.

Der Vorsitzende übergab der Kinderbeauftragten das Wort.

**Frau Thäger** (Kinderbeauftragte der LH MD): Ein Investor ist die eine Seite. Kinderfreundlichkeitsprüfung erfolgt im Interesse der Kinder unserer Stadt. Da sollten keine Abstriche zur Satzung erfolgen.

Wird hier der Reduzierung zugestimmt, wird ein Präzedenzfall für die Stadt geschaffen. Der Investor hat sich mit dem Vertrag verpflichtet. In Cracau gibt es einen erheblichen Fehlbedarf an Spielplätzen.

**Stadtrat Krull** sprach sich für die Spielplatzgröße von 520 m<sup>2</sup> aus.

**Stadtrat Cracau** vertritt die Meinung, dass man sich als Bauherr auf einen B-Plan verlassen können muss. Die Stadt kann nicht in die Rolle eines Investors schlüpfen.

**Stadtrat König** könnte mit der vorgeschlagenen Variante leben. Es gibt in dem Bereich eine Spielstraße in der die Kinder spielen können. Er zweifelt die Anzahl der Kinder für die Neubauten an.

**Stadtrat Berfelde** schließt sich der Aussage von **Stadtrat Cracau** an.

**Abstimmung zur Drucks.0012/04 : 1 - 6 - 1 abgelehnt**

3.4. Behandlung der Anregungen und Hinweise zum Bebauungsplan  
Nr. 103-4 "Südlich Burger Straße / Tierheim"  
Vorlage: DS0036/04

---

**Frau Heinicke** (Amt 61) stellte die einzelnen Beschlussvorschläge vor und begründete diese.

**Stadtrat Bartnik** trifft zur Sitzung ein und **Stadtrat Krull** verlässt die Sitzung.

**Abstimmung zum Beschlusspunkt 2.1: 7 - 0 - 1**

**Abstimmung zum Beschlusspunkt 2.2: 8 - 0 - 0**

**Abstimmung zum Beschlusspunkt 2.3: 8 - 0 - 0**

**Abstimmung zum Beschlusspunkt 2.4. 8 - 0 - 0**

**Abstimmung zur Drucks.0036/04 gesamt: 8 - 0 - 0**

3.4.1. Beschlusspunkt 2.1 zur DS0036/04

---

3.4.2. Beschlusspunkt 2.2 zur DS0036/04

---



3.4.3. Beschlusspunkt 2.3 zur DS0036/04

---

3.4.4. Beschlusspunkt 2.4 zur DS0036/04

---

3.5. Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 103-4 "Südlicher  
Burger Straße / Tierheim"  
Vorlage: DS0039/04

---

**Frau Heinicke** (Amt 61) führte zur Drucksache ein.

**Abstimmung zur Drucks.0039/04: 8 - 0 - 0**

3.6. Aufstellung, Entwurf und Auslegung Bebauungsplan Nr. 267-3  
"Leuschnerstraße"  
Vorlage: DS0897/03

---

**Herr Olbricht** (Amt 61) brachte die Drucksache ein. Er begründete die Aufstellung und stellte die Planungsziele vor.

**Stadtrat Wähnelt** bemängelte, dass kein Grünordnungsplan vorliegt.

**Herr Olbricht** (Amt 61) teilte mit, dass bis zum Satzungsbeschluss die Punkteermittlung und Ausgleichmaßnahmen vorliegen.

**Stadtrat Stern** lies sich die Wegebeziehungen und Erreichbarkeit des Deiches erläutern.

**Stadtrat Berfelde** bat darum, die Abgrenzung des Geltungsbereiches in den Formulierungen rechtssicher zu gestalten. Die Drucksache ist dahingehend nochmals zu prüfen.

**Abstimmung zur Drucks.0897/03: 8 - 0 - 0**

3.7. Änderung des Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplanes Nr.  
256-3"Ziegelei-Privatweg" (Plangebiet)  
Vorlage: DS0029/04

---

**Herr Olbricht** (Amt 61) stellte den neuen Geltungsbereich dar und begründete die Änderung.

**Abstimmung zur Drucks.0029/04: 8 - 0 - 0**

### 3.8. Parkgebührenordnung

---

**Herr Dr. Scheidemann** (Amt 68) führte zur Drucksache ein und zeigte die derzeitige Gesetzeslage auf.

Vor Abstimmung zur Drucksache wurden erst der Antrag A0008/04 *Kurzzeitparken* und die Stellungnahme der Verwaltung hierzu beraten.

Der beschlossenen Änderungsantrag A0008/04/1 hat die Änderung der Drucksache zur Folge.

Im Ergebnis des Änderungsantrages A0008/04/1 *Kurzzeitparken* ist die Drucksache wie folgt zu ändern:

*Nach Änderung der Verordnung über Parkgebühren des Landes Sachsen-Anhalt aufgrund der Änderung des Straßenverkehrsgesetzes wird § 2 Abs. 1 Satz 1 wie folgt ergänzt:*

*„..., wobei das Parken für die erste halbe Stunde zu den Parkplätzen gemäß Anlage 1 kostenfrei bleiben kann.“*

*Die Parkgebührenordnung wird erst nach Rechtskraft der Änderung der Verordnung über Parkgebühren des Landes Sachsen-Anhalt im Amtsblatt bekannt gemacht, die Präambel entsprechend der gesetzlichen Grundlagen aktualisiert.*

*Abstimmung zum Antrag: 5 - 3 - 0*

**Abstimmung zur geänderten Drucks.0882/03: 5 - 3 - 0**

#### 3.8.1. Kurzzeitparken Vorlage: A0008/04

---

**Herr Fricke** (Amt 66) brachte die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag ein.

**Stadtrat Stern** begründe den Antrag und äußerte sich zur Stellungnahme der Verwaltung. Er hätte eine neutrale Stellungnahme erwartet und keine einseitige Darlegung von Vorschriften. Er verwies auf den § 46 (4a) StVG zur Zulassung von Ausnahmen.

**Herr Fricke** (Amt 66) entgegnete, dass dieser § Einzelfälle bestimmter Antragsteller beinhaltet.

**Herr Dr. Scheidemann** (Amt 68) bestätigte dies. Dieser § ist für bestimmte Personengruppen und Einzelentscheidungen gedacht, gilt nicht für die Allgemeinheit. Parkscheiben fallen nicht unter Sondergenehmigungen.

**Stadtrat Cracau** kann die Alternativvorschläge der Verwaltung annehmen.

**Stadtrat König** hat im KR-Ausschuss seine Zustimmung gegeben. Die Händler der Innenstadt sollten der Stadt entgegenkommen und ihren Kunden Parkgebühren zurückgeben. Den Parkschein mehrmals nutzen zu können, hält er für eine Kompromisslösung.

**Stadtrat Balzer:** Wieviel Geld verliert die Stadt bei 30 Minuten freiem Parken? Für und wider sind gegen einander abzuwägen. Er verlas ein Schreiben des Verbandes der Kaufleute Sachsen-Anhalt e.V. und eine Stellungnahme des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE) zu Kurzzeitparken (beide Schreiben werden dem StBV mit dem Protokoll übergeben). Des Weiteren zeigte er einen Schildervorschlag, welcher in Brandenburg verwendet wird. Es ist ein Zusatzschild, welches unter dem Parkplatzschild angebracht wird und enthält die Aufschrift *mit Parkscheibe bis 30 min. frei*. Die Drucksache sollte auf den Weg gebracht werden und bei Überschreitungen sollte rigoros abgestraft werden. Der Antrag sollte um ausgewählte Plätze ergänzt werden. Ein halbes Jahr prüfen, um dann zu entscheiden.

**Stadtrat Berfelde** sprach sich für den Vorschlag von **Stadtrat Balzer** aus.

**Stadtrat Balzer** stellte den Antrag:

*Für den Zeitraum eines halben Jahres soll es an den Standorten*

- *-Hasselbachplatz*
  - *im Bereich der Hauptpost und*
  - *um den Breiten Weg und im Bereich der Krügerbrücke*
- ein Kurzzeitparken ohne Gebühr für die ersten 30 Minuten geben.*

*Die finanziellen Auswirkungen sollen untersucht und ausgewertet werden.*

*Abstimmung zum Antrag: 6 - 2 - 0*

**Abstimmung zum A0008/04: 3 - 5 - 0 abgelehnt**

3.8.2. Kurzzeitparken  
Vorlage: S0047/04

---

Die Stellungnahme wurde mit unterschiedlichen Meinungen zur Kenntnis genommen.

3.9. DS0086/04 "Straßenbau Brenneckestraße", Änderung des Geltungsbereichs und öffentliche Auslegung des Entwurfs

---

**Herr Olbricht** (Amt 61) brachte die Drucksache ein. Der Bebauungsplan wirkt hier planfeststellungs-ersetzend. Das Tiefbauamt möchte die Ausschreibungen noch 2004 beenden. Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erfolgen extern.

**Stadtrat Berfelde** nimmt an der Beratung und Abstimmung zur Drucksache nicht teil, da ihm die Drucksache erst heute vorliegt und er sich nicht einlesen konnte.

**Stadtrat Balzer** begrüßt das Verfahren. Die Verwaltung sollte, wenn es möglich ist, auch für andere Straßenbaumaßnahmen dieses Verfahren anwenden.

**Abstimmung zur Drucks.0086/04: 5 - 0 - 2**

4. Anträge

---

4.1. Überprüfung Schließung Kita "Salbker Kinderspass"  
Vorlage: A0143/03

---

**Stadtrat Stern** fragte nach, ob mit den Beteiligten nochmals Gespräche geführt worden sind?

**Herr Dr. Gottschalk** (V/02) Am 26.01.2004 fand unter Beteiligung von Vertreter/-innen der Stadt- ratsfraktionen und der Bürgerinitiative Salbke/Westerhüsen im Unterausschuss Jugendhilfeplanung die Diskussion zum Material der Bürgerinitiative statt. Im Ergebnis der Diskussion wurde durch den Unterausschuss zuzüglich zur Stellungnahme S 0252/03 die nochmalige Information zur demogra-fischen Entwicklung im entsprechenden Stadtgebiet, die Belegungszahlen, die pädagogischen Nutzflächen und der aktuelle Stand der Betriebserlaubnisse in den Kindertageseinrichtungen des Stadtgebietes am 12.02.04 im Jugendhilfeausschuss darzustellen. *Am 12.02.2004 sind diese Informationen eingebracht worden und der Jugendhilfeausschuss hat auf der Grundlage der S 0252/03 und damit verbundener nochmaliger Bedarfs- bzw. Kapazitätsprüfung mit 2/7/5 den Antrag 0143/03 abgelehnt.*

**Dr. Gottschalk** äußert sich hinsichtlich der Situation zum Übertragungsprozess, dass aufgrund der bestehenden Beschlusslage sich keine bewertbaren schriftlichen Anträge für die Kindertageseinrichtung ergeben hatten. Er weist weiterhin darauf hin, dass unter Berücksichtigung der mittelfristigen Bedarfsituation in dem entsprechenden Stadtgebiet ca. 350 qm überschüssige pädagogischer Nutz-fläche in den Kindertageseinrichtungen verbleiben würden, wenn die Kindertageseinrichtung am Standort Alt Salbke 48 nicht geschlossen würde.

**Herr Hübner** (FB 03) ergänzte, dass die Elternvertreter die gleichen Basiszahlen wie die Verwaltung hatten. Diese sind nur anders interpretiert worden. Die Unstimmigkeiten konnten ausgeräumt werden.

**Stadtrat Balzer** gab ein Statement zur Stellungnahme der Verwaltung ab. Er verlas ein Schreiben des Internationalen Bundes, in dem die Bereitschaft der Übernahme in freier Trägerschaft der Kita „Kin-derpass“ zum Ausdruck gebracht wird.

*Er stellte den Änderungsantrag:*

1.) *Der Beschluss 1727-85(II)98 zur Schließung der KITA Salbker Kinderspaß laut DS 0299/98 wird*

bis zur endgültigen Überprüfung und Entscheidung durch den Stadtrat aufgehoben.

**Abstimmung: 7 - 0 - 1**

2.) Es erfolgt eine Überprüfung der Belegungszahlen bis 1 Jahr nach der Eröffnung der KITA Unterhorstweg.

**Abstimmung: 7 - 0 - 1**

3.) Von der Verwaltung ist vorzulegen und nachzuweisen, wo die Kinder der KITA AS 48 wohnortnah

betreut werden können, wenn die Schließung erfolgen würde (Benennung der Standorte und Bele-

gungszahlen). Hierzu sind die Wegebeziehungen analog dem Schulentwicklungsplan aufzuzeigen.

**Abstimmung: 8 - 0 - 0**

4.) *Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, die KITA AS 48 als zentralen Standort in Salbke*

*- Westerhüsen in das IBA-Projekt als Modellobjekt, unter Nutzung als generationsübergreifende Begegnungsstätte, aufzunehmen.*

**Abstimmung: 8 - 0 - 0**

5.) Die entsprechenden Bedarfszahlen und Regelflächen sind bei reduzierter Nutzung als KITA anzupassen und mit anderen Standorten zu vergleichen.

**Abstimmung: 8 - 0 - 0**

6.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Verhandlungen mit den Interessenten Internationaler Bund und der KITA-gGmbH weiterzuführen. Hierbei ist das Angebot der anteiligen Gemeinkostenübernahme zu berücksichtigen.

**Abstimmung: 8 - 0 - 0**

7.) Die Verwaltung möge den KITA-Standort aus städtebaulicher Sicht im Rahmen der gültigen Stadtteilentwicklungskonzeption (STEK) und der Erhaltungssatzungsgebiete bewerten.

**Abstimmung: 8 - 0 - 0**

8.) Die Stellungnahme der Verwaltung zu den Punkten 1 - 7 ist in der Ratssitzung am 10.06.2004

vorzulegen..

**Abstimmung: 8 - 0 - 0**

**Stadtrat Stern** ließ über **Antrag 0143/03** unter Beachtung des Änderungsantrages abstimmen.

**Abstimmung: 7 - 0 - 1**

---

4.1.1. Überprüfung Schließung Kita "Salbker Kinderspass" S0252/03

---

Nach eingehender Diskussion nahm der Ausschuss die Info zur Kenntnis.

4.2. Vorbeifahrt an haltenden Straßenbahnen  
Vorlage: A0208/03

---

**Herr Dr. Peters** (Amt 61) führte kurz zum Thema ein.

**Herr Adler** (Amt 61) brachte die ergänzte Stellungnahme der Verwaltung ein.

**Stadtrat Wähnelt** sieht damit den Antrag als abgegolten an.

**Stadtrat Balzer** regte an, dass die MVB deren Mitarbeiter beim turnusmäßigem Schienenschleifen mit einer Schablone das Haltestellenzeichen auf die Straße aufbringen bzw. nachbessern. Die ist der sicherste Punkt, eine Haltestelle sichtbar darzustellen. Dies sollte an den Aufsichtsrat der MVB herangetragen werden.

**Abstimmung zum Antrag0208/03: 3 - 0 - 5**

4.2.1. Vorbeifahrt an haltenden Straßenbahnen  
Vorlage: S0029/04

---

Der Ausschuss nahm die Stellungnahme zur Kenntnis.

4.3. Nichtrealisierung der Maßnahme Neubau einer Fußgänger- und  
Radwegebrücke Sandtorstraße  
Vorlage: A0007/04

---

**Herr Dr. Scheidemann** (Amt 68) brachte die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Nach einzelnen Meinungsäußerungen und ausführlicher Diskussion beschloss der Ausschuss den Änderungsantrag von **Stadtrat Wähnelt**.

*Vor jeglichen weiteren Planungen zur Fuß- und Radwegbrücke Sandtorstraße ist das nochmalige Votum des Stadtrates einzuholen. Bis dahin sind Planungsleistungen zur Vorbereitung des Brückenbaus zu unterlassen.*

**Abstimmung zum Änderungsantrag: 8 - 0 - 0**

**Abstimmung zum Antrag 0007/04 unter Beachtung des Änderungsantrages: 6 - 0 - 2**

4.3.1. Nichtrealisierung der Maßnahme Neubau einer Fußgänger- und Radwegebrücke Sandtorstraße  
Vorlage: S0053/04

---

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

4.4. A0041/04 Änderung der Ausschussstruktur- Neufassung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung des Stadtrates

---

**Stadtrat Balzer** begründete den Antrag.

**Stadtrat Stern** schlug vor, nur über die den Ausschuss StBV betreffenden Punkte zu beraten.

**Stadtrat Wähnelt** beantragte die Aufnahmen des KGm und des Amtes 68 in die Geschäftsbereiche für den StBV. Des Weiteren schlägt er die Zusammenlegung eines Bau- und Vergabeausschusses vor.

**Stadtrat Stern** ließ über die Vorschläge abstimmen.

**Abstimmung Zusammenlegung Bau- und Vergabeausschuss: 1 - 5 - 1** (SR Berfelde abwesend)

**Abstimmung zu Punkt 1. c) des Antrages 0041/04: 5 - 1 - 1** (SR Berfelde abwesend)

**Abstimmung zum Änderungsantrag : Im § 24 (4) sind als 8. Amt für Baurecht**

**9. Kommunales**

**Gebäudemanagement**

**neu aufzunehmen. 5 - 1 - 1**

4.4.1. A0041/04 Beschlusspunkt 1. c)

---

4.4.2. A0041/04 Beschlusspunkt § 24 (4)

---

5. Informationen

---

- 5.1. Information gem. § 1 der Zweiten  
Straßenbaubeitragssatzung Jahresbericht 2003 über die  
durchgeführten Bürgerinformationsveranstaltungen  
und Zustimmungsabfragen gem. § 1 Abs. 3 und 4 der Zweiten  
Straßenbaubeitragssatzung  
Vorlage: I0065/04
- 

**Herr Karasinski** (Amt 60) stand für Nachfragen bereit.

**Stadtrat König:** der Teich-Privatweg I und II sind zwei verschiedene Grundstücke. War den Bürgern bekannt, dass eine Enthaltung bei der Abfrage als Zustimmung gewertet wird?

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

**Der Ausschuss nahm die Info zur Kenntnis.**

6. Mitteilungen und Anfragen

---

- 6.1. Änderungsantrag des OB DS0852/03/4 zum B-Plan 237-2
- 

**Herr Kaleschky** (Bg VI) informierte über den Änderungsantrag zur Drucksache 852/03 und dessen Inhalt.

Den Stadträten wurde dieser mit Anlagen als Tischvorlage ausgereicht.

*Der Ausschuss nahm Kenntnis.*



## 6.2. Mitteilung der Verwaltung

---

**Herr Kaleschky** (Bg VI) informierte über einen Antrag zur Ansiedlung eines 700 m<sup>2</sup> großen SB-Marktes Albert-Vater-Straße Nordseite ( Höhe Einmündung Nexö-Straße). Die Verwaltung spricht sich gegen einen Markt aus und möchte den Antrag negativ bescheiden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## 6.3. Befreiung von Festsetzungen B-Plan 312-1

---

**Herr Olbricht** (Amt 61) informierte über die Befreiung von Festsetzungen im rechtsverbindlichen B-Plan 312-1 und begründete dies.

Dem StBV wurde eine schriftliche Darlegung des Sachverhaltes als Tischvorlage übergeben.

**Stadtrat Wähnelt** meldete Bedenken zum Schallschutz an.

**Stadtrat Balzer** sprach sich dafür aus, um den Wünschen gewerblicher Nutzungen nachkommen zu können.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

## 6.4. Anfrage Stadtrat Wähnelt - Radwegeführung Uniplatz

---

**Stadtrat Wähnelt:** Mit der Radverkehrskonzeption wurde festgelegt, dass Radwege nicht mehr mit großen Verschwenkungen versehen werden. Im Bereich Uniplatz Kreuzung G.-Adolfstraße wird der Radweg mit einem großen Schwenker im Kreis geführt. Das ist keine gute Lösung.

**Herr Gebhardt** (Amt 66) : Dies ist eine Maßnahme der MVB. Durch Amt 66 wird der zustand geprüft.

## 6.5. Anfrage Stadtrat Berfelde Verkehrsführung Baumaßnahme Brenneckestraße

---

**Stadtrat Berfelde** regte an, dass durch Amt 66 die Verkehrsführung während der Bauarbeiten in der Brenneckestraße neu überdacht werden. Es sollte eine einseitige Verkehrsführung erfolgen, um den jetzigen Verkehrsproblemen entgegen zu wirken.

Amt 66 prüft die Anregung

6.6. Anfrage Stadtrat König Freigabe der Zubringerstraßen zur Straße Am Hopfengarten

---

**Stadtrat König:** Die Baumaßnahmen an der Straße Am Hopfengarten sind abgeschlossen. Ihm ist bekannt, dass danach die Nebenstraße geöffnet werden sollten. Wann passiert das?

Amt 66 antwortet schriftlich.

6.7. Mitteilung Stadtrat Balzer zur Verbindungsstraße Hornbach und Florapark

---

**Stadtrat Balzer** informierte darüber, dass der Straßenbelag Verbindungsstraße Hornbach und Florapark stark zerfahren ist. Sind dort Sanierungsmaßnahmen geplant?

Antwort erfolgt durch Amt 66 schriftlich.

6.8. Anfrage Stadtrat Stern ländlicher Wegebau Pechau

---

**Stadtrat Stern** hat aus der Zeitung entnommen, dass der Ortschaftsrat Pechau den ländlichen Wegebau beraten hat. Wie wird dieser von der Stadt angegangen?

**Herr Kaleschky** (Bg VI): Mit den Arbeiten wird Mitte Juli begonnen. Eine Liste liegt schriftlich vor.

**Herr Gebhardt** (Amt 66) bestätigte das Einvernehmen. Die technischen Ausschreibungen erfolgen.

Der Übersichtsplan zum Wegenetz kann eingesehen werden.

**20.25 Uhr Ende der Sitzung öffentlicher Teil.**

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Reinhard Stern  
Vorsitzende/r

Hannelore Kirstein  
Schriftführer/in